

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon (0228) 9 1520-0
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 1520-12

Inhalt

Robert Antretter MdB bilanziert die Amtszeit von Hartmut Soell als Präsident der WEU: Zum Wechsel der Präsidentschaft der WEU.

Seite 1

Klaus Kübler MdB zum Abschluß der Gipfelkonferenz der Organisation Afrikanischer Einheit: Nur gedämpfte Hoffnung nach OAU-Gipfel.

Seite 3

Siegfried Vergin MdB zu Bemühungen, Jugendliche für die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft zu gewinnen: Jugendarbeit neu überdenken.

Seite 4

Rudolf Möller MdB zur inneren Sicherheit: Vom Staat verlassen?

Seite 5

48. Jahrgang / 124

5. Juli 1993

Zum Wechsel der Präsidentschaft der WEU

Der deutsche Hartmut Soell erfuhr die Anerkennung aller politischen Gruppen

**Von Robert Antretter MdB
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der WEU**

In diesen Tagen geht die Amtszeit des deutschen Sozialdemokraten Prof. Dr. Hartmut Soell als Präsident der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union turnusmäßig zu Ende.

In dieser Phase eines tiefgreifenden geostrategischen Wandels wurden die in der EG und der WEU zusammengeschlossenen Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes mit neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert: Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien könnten den Beginn einer neuen Epoche markieren, in der es offensichtlich auch wieder in Europa als möglich erscheint, mit Gewalt international anerkannte Grenzen zu verändern und Staaten als Kriegsbeute unter aggressiven Nachbarstaaten aufzuteilen.

Unmittelbar nach dem Amtsantritt Soells verabschiedete der WEU-Ministerrat die sogenannte Petersberger Erklärung, in der nach Beendigung des Ost-West-Konfliktes erstmals der Versuch unternommen wurde, Rolle und Aufgabe der WEU in der sich ausformenden neuen europäischen Sicherheitsarchitektur zu beschreiben. Angekündigt wurde, daß die Mitgliedsstaaten gewillt seien, ihre Streitkräfte für humanitäre, friedenserhaltende und sogar friedens erzwingende Einsätze den dazu legitimierten internationalen Organisationen bereitzustellen. Ein Jahr später scheint es, daß die WEU die mit dieser Erklärung geweckten Erwartungen nicht erfüllen konnte, obwohl sie mit der Überwachung der internationalen Embargo-Maßnahmen in der Adria und auf der Donau einen nicht unerheblichen Beitrag zur Durchführung der gegen Serbien/Montenegro beschlossenen Sanktionen leistete.

Hartmut Soell hat nach Ausbruch der Feindseligkeiten im ehemaligen Jugoslawien in seiner Antrittsrede als Präsident eindringlich vor den Folgen eines europäischen Verantwortungsneutralismus gewarnt. Bereits vor einem Jahr hat Soell engagiert zur Einrichtung von militärisch gesicherten Schutzzonen aufgefordert, in denen die von serbischen Aggressoren bedrängten Menschen Schutz gefunden hätten. Damit hat er in einem frühen Stadium des Konfliktes die Be-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet Umwelt
mit normalem Recycling-Papier



dingungen der westlichen Befriedungspolitik konsequent zu Ende gedacht und ausgesprochen, daß zu einer gemeinsamer Sicherheitspolitik der EG auch eine besondere Verantwortung gehört. Viele waren und viele sind nicht bereit, ihm auf diesem Weg zu folgen, wenngleich sich angesichts der Kriegsverbrechen, der Massenvergewaltigungen und der Deportationen die Erkenntnis Bahn bricht, daß die westliche Beschwichtigungspolitik die Kriegstreiber in Serbien und in Bosnien regelrecht ermuntert hat.

So umstritten die militärischen Erfolgsaussichten eines westlichen Eingreifens in Bosnien-Herzegowina auch einzuschätzen sind und so berechtigt die Warnungen vor einem neuen "Libanon" auf dem Balkan aufgenommen werden müssen, es bleibt die Feststellung, daß der Westen vor einer systematisch angelegten Aggressionspolitik de facto kapituliert hat. Es führt kein Weg daran vorbei, zur Kenntnis zu nehmen, daß durch den Krieg auf dem Balkan vorexerziert wurde, daß mitten in Europa die Führung eines Krieges offensichtlich nicht mehr geächtet ist, sondern wieder als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln von den jeweiligen Machthabern angesehen wird. Angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung hat Hartmut Soell gefordert, daß die Mitgliedsstaaten der WEU in einer neuen Sicherheitscharta ihre gemeinsamen Interessen formulieren und in diesem Zusammenhang die Instrumente zur Friedenserhaltung in den neuen geostrategischen Kontext benennen sollten.

Die Parlamentarische Versammlung der WEU hat sich engagiert mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien auseinandergesetzt und die entsprechenden Empfehlungen verabschiedet. Leider blieb ihre Stimme ungehört, weil die Regierungen es vorzogen, hinter verschlossenen Türen ihre Strategien abzustimmen. Als Präsident der Parlamentarischen Versammlung hat Hartmut Soell nachdrücklich eine stärkere Kontrolle der Aktivitäten des WEU-Rates durch die Versammlung angemahnt und daran erinnert, daß dieses Gremium aus nationalen Parlamentariern die hierzu geeigneteste Einrichtung darstellt. Weil Themenstellungen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im besonderen Maße nationale Traditionen, Empfindlichkeiten und auch geostrategische Risiken der Mitgliedsstaaten berühren, plädierte Hartmut Soell für die Weiterentwicklung der Parlamentarischen Versammlung zu einer Art europäischem Senat, der mit der Kontrolle der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union betraut sein sollte. Dieser Senat sollte sich auch weiterhin aus nationalen Parlamentariern zusammensetzen, weil kein Parlament derzeit bereit zu sein scheint, Souveränitätsrechte im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik an das Europäische Parlament abzutreten.

Ein besonderes Anliegen seiner Präsidentschaft war es, deshalb zu einer sinnvollen Arbeitsteilung mit dem Europäischen Parlament zu gelangen und die Weichen für eine engere Zusammenarbeit zu stellen. Als langjähriger und erfahrener nationaler Parlamentarier kennt Hartmut Soell die Empfindlichkeiten seiner Kollegen gegenüber einer weiteren Kompetenzübertragung auf das Europäische Parlament und versuchte deshalb, in einen engeren Dialog mit dem Europäischen Parlament einzutreten.

Hartmut Soell hat mit der Anerkennung aller politischen Gruppen dieses hohe Amt als dritter Deutscher nach Carlo Schmid und Kai-Uwe von Hassel mit Geschick und Verständnis für die nationalen Sicherheitsinteressen ausgeübt. Turnusgemäß hat er jetzt den Vorsitz der Parlamentarischen Versammlung an Sir Dudley Smith, als Vertreter der britischen Konservativen, weitergegeben.

(-/5. Juli 1993/rs/fr)

Nur gedämpfte Hoffnung nach OAU-Gipfel
Zum Abschluß der Gipfelkonferenz der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU)

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Drei Tage lang beriet die Organisation Afrikanischer Einheit (OAU), die in diesem Jahr seit 30 Jahren besteht, auf dem Gipfeltreffen in Kairo über die politische und wirtschaftliche Zukunft des afrikanischen Kontinents. Das Thema Menschenrechte und Konfliktbeteiligung in Afrika spielte eine wichtige Rolle. So zum Beispiel die Konflikte in Somalia, Angola, Liberia und Ruanda. Die Konflikte zwischen diktatorischen und demokratischen Kräften zum Beispiel in Zaire, Togo, Nigeria und Kongo wurden nicht diskutiert. Vertreter der 52 in der OAU organisierten afrikanischen Staaten, darunter 37 Staatsoberhäupter, nahmen an dem 29. Gipfeltreffen teil, das zuvor von den Außenministern der OAU-Staaten vorbereitet worden war. Zum neuen Präsidenten der OAU wurde der ägyptische Präsident Husni Mubarak gewählt. Er trat die Nachfolge des senegalesischen Präsidenten Abdou Diouf an.

Die Organisation, der außer Marokko und Südafrika alle Staaten Afrikas angehören, hatte sich vor 30 Jahren kurz nach der großen Unabhängigkeitswelle gegründet, um durch gemeinsames Vorgehen politisches und wirtschaftliches Gewicht zu bekommen. Sie ist die größte Regionalorganisation der Welt, die etwa 500 Millionen Menschen in Afrika vertritt.

Im Mittelpunkt des Gipfeltreffens stand die Diskussion über einen friedenserhaltenden und -schaffenden Mechanismus für Afrika, also Maßnahmen zur Vermeidung und Regelung von inner- und zwischenstaatlichen Konflikten. Daneben wurde über eine afrikanische Wirtschaftsgemeinschaft debattiert, die die afrikanische Wirtschaftspolitik und den afrikanischen Außenhandel koordinieren soll.

Der Gipfel ist nach Berichten aus Kairo mit einem Konsens über einen Konfliktlösungs-Mechanismus zu Ende gegangen. Proteste dagegen kamen von Eritrea, Sudan und Zaire.

Geplant ist die Einrichtung eines Gremiums, zugeordnet dem Generalsekretariat der OAU, das präventiv sowie konfliktregelnd tätig werden soll. Der afrikanische "Friedensmechanismus" soll von einem Gremium unter Leitung des neuen OAU-Präsidenten Mubarak (Ägypten) in Anlehnung an die OAU-Charta genau erarbeitet werden.

Inhaltlich soll die souveräne Gleichheit aller OAU-Mitgliedstaaten, das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der Länder sowie die territoriale Souveränität der einzelnen Staaten beachtet werden. Die präventive Abwehr von Konflikten oder die vertrauensbildenden Maßnahmen nach dem Ausbruch von innerstaatlichen oder zwischenstaatlichen Konflikten soll durch zivile und militärische Beobachter mit begrenzter Dauer erreicht werden.

Kritikpunkte an dem Konzept sind insbesondere das Problem der Finanzierung des "Friedensmechanismus" - über 100 Millionen Mark an Beitragszahlungen von OAU-Mitgliedern stehen noch aus und die OAU hat chronischen Geldmangel - sowie die das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, das einige Staaten stark gefährdet sehen.

Bisher hat die OAU bei der Entwicklung Afrikas zur Demokratie keine bedeutende Rolle gespielt. In ihrer Arbeit gab es bisher keine einheitliche Linie. Das Prinzip der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten der OAU-Staaten hat alle Aktivitäten gehemmt. Bisher hatte die OAU auch kein Potential zur Bewältigung von inner-afrikanischen Konflikten. Ob sich dies nach Kairo ändern wird, muß abgewartet werden. Es ist zu hoffen, daß der in Kairo gemachte Anfang eine positive Fortführung erfährt.

Für die Zukunft angekündigt wurde von dem neuen OAU-Präsidenten Mubarak auch die Gründung einer afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft. Einigkeit herrschte darüber, daß Afrika eine gemeinsame wirtschaftliche Strategie finden müsse, um wirtschaftlich in der neuen Weltordnung eine Rolle spielen zu können. Zum Beispiel sollen die 288 Milliarden Mark Auslandschul-

den der afrikanischen Länder abgebaut werden. Wie dies geschehen soll, ist jedoch nicht klar. Der OAU-Gipfel sprach sich für eine internationale Konferenz mit Vertretern der Geberländer und -organisationen aus.

Die Außenvertretung Afrikas durch die OAU muß deutlicher und nachhaltiger wahrgenommen werden, gerade auch im wirtschaftlichen Bereich. Die OAU muß mehr Einfluß nehmen auf die Politik von IWF und Weltbank.

Ein weiterer Punkt, über den auf dem OAU-Gipfeltreffen in Kairo gesprochen wurde, waren Maßnahmen gegen die Immunschwächekrankheit AIDS. Nach amtlichen Angaben leben in Afrika rund 7,5 Millionen der insgesamt zwölf Millionen Menschen, die HIV-infiziert sind.

Die für Afrika im Rahmen der Demokratisierungsprozesse bedeutende Frage der Menschenrechte wurde in Kairo nicht ausführlich erörtert. Dazu hätte Notwendigkeit bestanden. Nach Angabe des Generalsekretärs vom Amnesty International, Pierre Sane, wurden zum Beispiel 1990 in mehr als einem Viertel der 52 OAU-Länder Menschen ohne vorherige Gerichtsverhandlungen von Sicherheitskräften hingerichtet. Teilweise (Sudan) wird die Anmahnung der Einhaltung der Menschenrechte in Afrika von den "angeklagten" Staaten als "Kolonialismus und Einmischung unter dem Deckmantel der Menschenrechte" abgeblockt.

Insgesamt ein OAU-Gipfel, der nur sehr gedämpfte Hoffnungen macht.

(-/5. Juli 1993/rs/tr)

Jugendarbeit neu überdenken

Von Siegfried Vergin MdB

Sprecher der Projekt-Arbeitsgruppe "Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt"

In der Bundesrepublik können alle Jugendlichen, die dafür offen sind, überall Kontakte zu Cliquen knüpfen, die rechtsradikale Überzeugungen vertreten.

Eine gemeinsame Erfahrung von Jugendlichen, die sich solchen Cliquen anschließen, ist, daß sie noch nie bewußt demokratische Verhaltensweisen kennengelernt und eingeübt haben. Dies sind zwei zentrale Aussagen von Prof. Benno Hafeneeger, Fachhochschule Fulda.

Als Gesprächspartner der SPD-Projektarbeitsgruppe "Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt" berichtete er über die Ergebnisse seiner biographischen Forschungen mit Jugendlichen, die der rechtsradikalen Szene angehören.

Bei den Cliquen handelte es sich in der Regel um "Männerbünde", in denen Zusammengehörigkeitsgefühl, Rangordnung und das gemeinsame Erleben groß geschrieben werden. Sie bieten den Jugendlichen Halt, Orientierung und "action" als Gegenmittel zu Langeweile und Frust.

Häufig sind es Militärverherrlichung und militärische Spiele, die die Jugendlichen an Rechtsradikale heranzuführen. Aus den ersten Kontakten ergibt sich die Aufnahme in den Verteilerkreis für Zeitschriften und Materialien usw., die Bindungen werden fester.

Für Jugendliche, die sich auf die Regeln der Gruppe eingelassen haben, ist es ungeheuer schwer, wieder auszusteigen. Versuchen, sich zu entziehen, werden mit massivem Druck der Gruppe bis hin zu körperlicher Gewaltanwendung bestraft.

Diese Aussagen der Fuldaer Sozialpädagogen zeigen, wie mühsam es sein wird, Jugendliche für die Gestaltung einer demokratischen, rechtsstaatlichen Gesellschaft zu gewinnen, wenn sie sich erst an rechtsradikalen Gruppen orientiert haben.

Bedenken kommen einigen Jugendlichen dann, so berichtet Hafeneeger weiter, wenn sie zum

erstermal massiv mit Gewalt in der Gruppe oder Gewalt gegen Außenstehende konfrontiert werden. Die Hemmschwelle vor gewalttätigen Aktionen ist für manche nicht leicht zu überwinden und läßt Zweifel an der Richtigkeit der Cliquerzugehörigkeit aufkommen.

Um diese Zweifel zu unterstützen, ist es dann allerdings notwendig, daß ein Ansprechpartner zur Verfügung steht, der sich den Fragen der Jugendlichen nicht entzieht und sei bei ihrem Weg aus der Clique begleitet. Die Jugendlichen berichten, daß dies häufig Lehrer oder auch die Eltern sind.

Diesen Aspekt unterstrich auch Dieter Jablonski vom Jugendamt der Stadt Dortmund ganz besonders, der ebenfalls zum Gespräch mit der Projektarbeitsgruppe eingeladen worden war. Er ist seit langem maßgeblich am Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte zur Bekämpfung neonazistischer Tendenzen bei Jugendlichen beteiligt, der seit 1985 besteht.

Vor allem das Zuhören, der Dialog, das Begreifen der Lebenswelt der Jugendlichen, sind nach seiner Erfahrung notwendige Voraussetzungen, um überhaupt etwas erreichen zu können.

Häufig führen die Jugendlichen ein Doppelleben. Auf der einen Seite sind sie überzeugte Anhänger der bürgerlichen Normalität, wollen eine Familie, ein gutes Einkommen usw. Am Wochenende werden sie zu gewalttätigen Parolenschreibern.

Das Leben in den Vereinen hat sich nach der Beobachtung von Dieter Jablonski verändert, statt Gemeinschaftserfahrung ist der Terminkalender an die erste Stelle getreten. Rechtsradikale Cliques verstehen es, diese Angebotslücke zu schließen.

Letztendlich ist die ausschlaggebende Frage, so argumentiert Jablonski, ob die Demokraten die besseren Argumente haben und diese auch deutlich machen können.

Für uns Sozialdemokraten ergibt sich die Pflicht, unsere Jugendarbeit zu überdenken und neu zu bestimmen. Dabei geht es nicht nur um die besseren Argumente, nicht nur um die Art und Weise, diese bekannt zu machen und damit zu überzeugen. Wir müssen in der Lage sein, Angebote zu machen, die Wünsche wie Zusammengehörigkeit, Erleben, "action" usw. erfüllen.

(-/5. Juli 1993/rs/tr)

Vom Staat verlassen?

Sicherheit darf in einem demokratischen Staat nicht zur Privatsache werden

Von Rudolf Müller (Schweinfurt)

Vor kurzem endete ein so überschriebener Beitrag in der Zeit (allerdings ohne Fragezeichen) mit folgenden Sätzen: "Sicherheit wird in Deutschland zunehmend zu einem privaten Gut, für das der Einzelne selbst verantwortlich ist. Die sozialen Folgen dieser Entwicklung sind noch gar nicht abzusehen." Angesprochen wurden nur Einbrüche und Diebstähle (auch die verbreitete Neigung zum Versicherungsbetrug, die "Vollkasko-Mentalität"). Diese Entwicklung hat aber nicht nur soziale Folgen, zum Beispiel höhere Versicherungsbeiträge bis hin zur Unversicherbarkeit mancher Risiken. Da sie nicht auf Eigentumsdelikte beschränkt ist, sondern auch Gewaltkriminalität und das organisierte Verbrechen zunehmen, wird das alles - wenn man sich wirklich auf den Standpunkt stellt, daß Sicherheit zunehmend zu einem privaten Gut wird - auch schwerwiegende politische Folgen haben. Staaten sind vor allem auch Schutzgemein

schalten für ihre Bürger, im Innern ebenso wie nach außen. Wer die regionalen Nachrichten in den Zeitungen liest und aufmerksam zuhört, was 'die Leute' reden, weiß, daß diese Entwicklung längst zu einem Politikum geworden ist.

Natürlich wird vieles übertrieben, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Medien mit ihren reißerischen Schlagzeilen dazu beitragen. Aber man kann den Menschen nicht einreden, daß Dinge, die sie oder ihre Nachbarn immer wieder erleben, nur in der Fantasie einiger Leute existieren, die unseren demokratischen Staat besetzen wollen. Und wenn ihnen, weil sie vom Staat Gegenmaßnahmen und Abhilfe fordern, unterstellt oder vorgeworfen wird, Bürgerrechte leichtfertig abzubauen oder einschränken zu wollen und damit den Rechtsstaat auszuhöhlen, braucht man sich nicht zu wundern, wenn sich viele Bürger fragen, ob das noch ihr Staat ist. Von der Parteien- zur Staatsverdrossenheit ist es dann nicht mehr weit.

Niemand ist schon deswegen ein halber Faschist, weil er verstärkte und wirksame staatliche Aktivitäten dort fordert, wo es darum geht, die Bürger zu schützen. Selbstverständlich hat ein Teil der Kriminalität bei Licht besehen soziale Ursachen, die behoben werden müssen. Aber noch längst nicht alle, die aus einem bestimmten sozialen Milieu kommen, werden deshalb schon straffällig, und jemanden, der gewaltsam ausgeraubt oder gar zusammengeschlagen wird, interessieren die letzten Ursachen und Motive des Täters wenig, zumal sie sich nie mit Sicherheit feststellen lassen. Auch hier steht einer realistischen Diskussion der Probleme und ihrer Lösungsmöglichkeiten eine Haltung entgegen, die man vor allem in Deutschland findet. Natürlich haben die Deutschen wegen ihrer Vergangenheit besonderen Anlaß zur Sensibilität. Weil Gangsterbanden und Nazis Wert auf strenge Disziplin legen, ist Disziplinosigkeit noch lange keine Tugend, und weil das Deutschland Hitlers ein Polizeistaat war, ist die Stärkung der Polizei zum Schutze der Bürger noch keine undemokratische Politik. Auch in diesem Bereich müssen wir wieder zur Normalität zurückfinden, wenn wir die Probleme der Zukunft bewältigen wollen.

Sicherheit ist auch Sache des Einzelnen insofern, als zum Beispiel das üblich gewordene Wegsehen die Kriminalität fördert. Das muß den Bürgern genauso klar gemacht werden, wie die Tatsache, daß die bessere Ausstattung der Polizei nicht umsonst zu haben ist. Aber wenn man fürchten muß, der Rache von Rechtsbrechern relativ schutzlos ausgeliefert zu sein, werden die Bürger noch mehr wegsehen und dabei immer unzufriedener mit der Politik werden, oder sie werden, wie das schon gelegentlich geschieht, zur Selbsthilfe greifen. Beides sind Entwicklungen, die eines Tages schwerwiegende politische Folgen haben müssen. Aus diesem Grund muß die Politik eines bedenken: Auch wenn es absolute Sicherheit nie geben kann, darf gerade in einem demokratischen Staat Sicherheit nicht mehr und mehr zur Privatsache werden.

(-/5.7.1993/va-he/ks)

Mitteilung

Ohne Rückfrage bei Norbert Gansel hat der Sozialdemokratische Pressedienst am 1. Juli Ausführungen von Norbert Gansel unter der Überschrift 'Mitbestimmungsrecht auf allen Ebenen im Statut verankern' abgedruckt. Gansels Überlegungen waren am 16. Juni für das Mitteilungsblatt der Funktionäre im SPD-Kreisverband Kiel zu Papier gebracht worden. Die Einleitung, die wir in unserem Pressedienst nicht abgedruckt haben, lautete: "Schreib' etwas Grundsätzliches", hat mir Thomas Pfannkuch vom Kreisvorstand gesagt, 'es darf nicht länger als eine Seite Schreibmaschine sein.' Ich muß mich also kurz und provokativ fassen."

Norbert Gansel legt Wert auf die Feststellung, daß er für einen Abdruck im SPD-Pressedienst seine Ausführungen gerne nach den ersten Reaktionen in Schleswig-Holstein ergänzt gehabt hätte. Das wird in den nächsten Tagen geschehen.

Die Redaktion